

Vedran Džihic

Böses Erwachen im Konflikt zwischen Kosovo und Serbien

Viele westliche Beobachter verstehen in den letzten Wochen kaum, was denn nun schon wieder am Westbalkan los ist. Im Februar einigten sich Serbien und der Kosovo auf einen Weg zur schrittweisen Annäherung, im März folgte dann im mazedonischen Ohrid der nächste Schritt mit konkreten Abmachungen zwischen Belgrad und Prishtina. Unterzeichnet haben die beiden Seiten die Vereinbarung zwar nicht, sie verpflichteten sich aber dennoch zu ihrer Umsetzung. Das verkündete zumindest der hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, nach dem Treffen. Wenige Wochen später war von dem vermeintliche Durchbruch nichts mehr zu spüren, stattdessen kam es zu einem Gewaltausbruch mit schwerverletzten KFOR-Soldaten und Hasstiraden. Beide Seiten entfernen sich rasend schnell wieder voneinander.

Seit dem Sommer 2022 liegen zwischen Serbien und dem Kosovo die Nerven blank. Man stolperte von einer Krise in die nächste und bezichtigte sich gegenseitig für die Eskalation. Je besorgniserregender die Lage war, desto stärker drängten die USA und die EU auf eine Deeskalation. In Washington und den europäischen Hauptstädten konzentrierte man sich Ende des Jahres 2022 und zu Beginn des Jahres 2023 darauf, beide Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen, um einen großen Wurf zu versuchen – eine langfristige Entschärfung des Konflikts durch eine pragmatische Lösung, mit der sowohl Belgrad als auch Prishtina leben können. Die Verhandlungsgrundlage wurde der sogenann-

te „deutsch-französische Vorschlags“. Die vermeintliche Zauberformel darin: Nach dem Vorbild des deutsch-deutschen Grundlagenvertrags sollen sich die beiden Staaten zwar nicht anerkennen, aber auch nicht in ihrer Entwicklung behindern. Serbien solle die kosovarische Unabhängigkeit nicht mehr torpedieren, der Kosovo im Gegenzug der serbischen Minderheit breite Autonomie im Rahmen des sogenannten serbischen Gemeindeverbandes einräumen. So weit so gut und klar.

Vom Durchbruch zum Alptraum

Dynamik in den Verhandlungsprozess kam im Januar 2023 nach einem Besuch eines Fünfergespanns, bestehend aus Vertretern der EU, der USA, Frankreichs, Deutschlands und Italiens, in Belgrad und Prishtina. Vor allem beim serbischen Präsidenten Vučić, so schien es, hinterließ dieser Besuch einen starken Eindruck. In einer fast schon melodramatischen Fernsehansprache kurz nach dem Besuch deutete Vučić eine Wende an: Der Druck des Westens sei zu groß, der deutsch-französische Plan für die Lösung des Konflikts zwischen dem Kosovo und Serbien müsse akzeptiert werden. Tue das Serbien nicht, so Vučić, drohen der Verlust der EU-Perspektive und weitreichende wirtschaftliche Folgen. Im serbischen Parlament kam es daraufhin Anfang Februar 2023 zu tumultartigen Szenen – die rechten und pro-russischen Parteien bezichtigten Vučić des Verrats an der serbischen Sache und lehnten jeglichen Kompromiss mit dem

Kosovo ab. Dennoch trafen sich Vučić und der kosovarische Premierminister Albin Kurti unter der EU-Ägide zu zwei schwierigen Verhandlungsrunden im Februar und im März 2023, an deren Ende am 19. März im mazedonischen Ohrid Josep Borrell besagte Vereinbarung zur Normalisierung der Beziehungen verkündete.

Der Tod der Ohrid-Vereinbarung

Die Wochen nach diesem „Durchbruch“ verwandelten sich rasch in einen Alptraum. Die kosovarische Seite entschied sich mit Rückdeckung des Westens, die längst fälligen Gemeindevahlen in vier mehrheitlich serbisch dominierten Gemeinden durchführen zu lassen. Diese wurden nach der kosovarischen Verfassung bereits seit November 2022 notwendig, auf ausdrückliche Bitte des Westens aber verschoben. Die unter den Kosovoserben dominante und von Vučić kontrollierte „Srpska Lista“ boykottiert die Wahl. Vučić selbst gab sich im Vorfeld der für den 24. April angesetzten Wahl ausnehmend aggressiv und wettet sowohl gegen die kosovo-albanische Seite als auch den Westen – die Wahlen bezeichnete er als „Schande Europas“ und drohte indirekt mit einer weiteren Eskalation.

Mit einer extrem geringen Wahlbeteiligung von etwa 3,5 Prozent wurde albanische Bürgermeister gewählt. Die USA unterstützten den Wahlgang explizit und deuteten auch danach an, dass die Ergebnisse legitim sind. In direkter Kommunikation mit Prishtina teilten sie Albin Kurti aber wohl mit, dass er nicht versuchen solle, mit Polizeigewalt die Bürgermeister in den vier serbischen Gemeinden zu installieren. Trotzdem entschied sich der kosovarische Premierminister Ende Mai zu diesem Schritt. Beim Gemeindegang im Dorf Zvečan trieb die kosovarische Polizei serbische Demonstranten auseinander, sie setzte Tränen-

gas und Blendgranaten ein. Gewalttätige serbische Protestteilnehmer steckten mehrere Autos in Brand, darunter ein Polizeiauto. Am 29. Mai attackierten dann die offenbar gut organisierten serbischen Protestierenden die NATO-Soldaten mit Blendgranaten und Steinen und verletzten 30 KFOR-Soldaten zum Teil schwer. Vučić versetzte sofort das serbische Militär in erhöhte Alarmbereitschaft und ließ unter dem Applaus aus Moskau Soldaten an die Grenze zum Kosovo verlegen. Die Vereinbarung von Ohrid löste sich im Lärm der Granaten und im Nebel des Tränengases in Luft auf.

Die vorerst letzte Verhandlungsrunde in Brüssel im Mai 2023, die Josep Borrell einberief, um die beiden Seiten zur Vernunft und wieder zurück zu Gesprächen über die Ohrid-Vereinbarung zu bringen, verlief ohne Ergebnisse. Vučić und Kurti trafen sich separat mit Borrell und bewegten sich keinen Millimeter von ihren Grundpositionen: Kurti forderte die Verhaftung der gewalttätigen Serben im Norden des Kosovo und pochte auf sein Recht, die Souveränität des Kosovo auf dem gesamten Staatsgebiet zu schützen. Vučić bezichtigte Kurti der Eskalationstaktik und warf ihm vor, Serben aus dem Kosovo vertreiben und einen Krieg gegen Serbien riskieren zu wollen. Kosovo-albanische Bürgermeister und die Spezialpolizei sollen sich aus dem Norden zurückziehen, erst danach könne man reden. Und überhaupt, so Vučić, soll die Regierung Kurti zuerst den serbischen Gemeindeverband installieren, bevor man weiter sprechen könne.

Kurti wird zum Störenfried erklärt

Die Verhandlungsführer in den USA und der EU schienen am Ende ihres Lateins angekommen. Sie entschieden sich dennoch, den Druck vor allem auf einen auszuüben – auf den kosovarischen Premierminister Albin Kurti. Er hätte die rote Linie überschritten und

sei verantwortlich für die Eskalation. Überhaupt sei er sehr stur, so der Tenor. Man drohte zuerst mit Maßnahmen gegen Prishtina, den natürlichen Partner der USA und der der EU, von Sanktionen gegen Kurti war die Rede. Im Juni machte man diesen Schritt wahr und führte Maßnahmen gegen den Kosovo ein. Man setzte vorübergehend die Arbeit der gemeinsamen Kommissionen zwischen der EU und dem Kosovo aus, die bilateralen Besuche der kosovarischen Vertreter in Brüssel wurden eingeschränkt, auch die Programme aus den sogenannten „Instrument for Pre-Accession Assistance – IPA“ für 2024 wurden ausgesetzt.

Albin Kurti wurde mit den Maßnahmen gegen seine Regierung zum Störenfried erklärt, der demokratische und plurale Kosovo mit einer überwältigend pro-westlichen Bevölkerung zur Zielscheibe der westlichen Kritik. Der sehr starke Druck auf die Regierung von Albin Kurti, ohne klare Worte und Maßnahmen wegen der aggressiven Schritte und Rhetorik aus Belgrad, sind unverhältnismäßig und haben ein politische Schiefelage produziert, die sich wohl mittelfristig kaum positiv auf die Stabilität auswirken wird.

Albin Kurti sitzt derzeit fest im politischen Sattel, die neuesten Umfragen weisen auf den „Rally around the flag“-Effekt hin – die Unterstützung für den Kurs von Albin Kurti ist überwältigend. Die meisten Kosovo-Albaner haben den Eindruck, dass das serbische Regime in der Person von Aleksandar Vučić die aggressive serbische Politik der Ära Milošević aus den 1990er Jahren fortsetzt und wollen, dass sich ihre politische Führung dagegensetzt. Albin Kurti zeigt auch angesichts der westlichen Maßnahmen gegen den Kosovo Standfestigkeit und positioniert sich als kompromissloser Verfechter der kosovarischen Souveränität und der territorialen Integrität. Er beruft sich weiterhin auf Prinzipien der kosovarischen Verfassung und auf Rechtsstaatlichkeit, die auf dem ge-

samten Territorium des Kosovo zu gelten habe. Der berühmte britische Journalist und Buchautor, Tim Judah, zitierte unlängst auf Twitter einen westlichen Botschafter aus dem Kosovo, der gesagt haben soll, es sei sehr schwer, Druck auf Albin Kurti auszuüben, weil er schlicht nicht korrupt sei.

Westliches Appeasement stärkt Vučić

Als der Druck auf Albin Kurti stieg und Maßnahmen gegen den Kosovo beschlossen wurden, lachte sich Vučić wohl ins Fäustchen. Sein autoritäres Regime, das zu diesem Zeitpunkt unter dem größten Druck der oppositionellen Proteste „Serbien gegen Gewalt“ stand, wurde geschont. Ich bin überzeugt, dass dies eine verhängnisvolle Entscheidung für serbische Demokratie ist.

Innenpolitisch war nach den beiden Amokläufen Anfang Mai 2023 mit 18 Toten der Druck auf das Regime enorm gestiegen. Die Massenproteste in Belgrad und anderen serbischen Städten, die zu den größten in den letzten zehn Jahren gehörten, sorgten bei Vučić und der Regierung für zunehmende Nervosität. Auch die zunehmend kritische Berichterstattung der namhaften westlichen Medien wie der „New York Times“ oder des „Guardian“ über Vučićs Verbindungen zum kriminellen Milieu und dem Charakter seiner Regimes, trugen zu dieser Nervosität bei. Aus der Sicht von Vučić kam die Eskalation im Kosovo zum richtigen Zeitpunkt, wie bestellt, um sich als Schützer und Vater der Nation zu stilisieren und von den Protesten abzulenken. Das legt den Eindruck nahe, dass Vučić wie bereits wiederholt in den letzten Jahren, seine politischen Handlanger im Norden des Kosovo bewusst zu Provokationen und zur Eskalation einsetzt.

Von „Zensur durch Lärm“ spricht der Russland-Kenner Peter Pomerantsev und beschreibt damit jene Strate-

gie, die in Serbien unter Vučić zum System wurde. „Statt ihre Gegner auszuschalten, fluten autokratische Systeme die Welt mit vielen Lügen, die am Ende die Wahrheit unter sich begraben“. Vor wenigen Wochen veröffentlichte die unabhängige serbische NGO CR-TA die Ergebnisse der Untersuchung der medialen Berichterstattung in Serbien im Jahr 2022. Eine Ziffer verblüffte: Der serbische Präsident Aleksandar Vučić absolvierte im letzten Jahr sage und schreibe 300 abendfüllende Fernsehauftritte. Vučić spricht nahezu täglich zu allen möglichen Themen, in der letzten Zeit bevorzugt über die angebliche Kriegslüsterheit des kosovarischen Premierministers Albin Kurti, aber auch über den ach so unmoralischen Westen im allgemeinen oder auch Deutschland im speziellen, das seine Position nicht verstehen will und die kosovo-albanische Seite unterstützen würde.

Es ist klar, die Proteste tun Vučić weh und er sieht sie als eine Gefahr. Daher setzt er vorerst innerstaatlich auf stärkere Kontrolle, mediale Aggressivität und Abrechnung mit Regimegegnern. Vučić verstärkt die bereits eingeübten populistischen Mittel, die sich bis jetzt als zuverlässige Stimmenlieferanten herausgestellt haben: In seiner Rhetorik sind die Kosovo-Albaner und Albin Kurti die absoluten und brutalen Gegner der Serben, die auf die „Vernichtung der Serben“ im Kosovo und eine „ethnische Säuberung“ aus sind. Die Dämonisierung von Albin Kurti hat in den letzten Wochen in den von Vučić kontrollierten Boulevardmedien neue Höhepunkte erreicht.

Der pro-russische Kurs Serbiens

USA und EU setzten lange Zeit auf die Strategie der Kompromisse mit Aleksandar Vučić und erhofften sich eine pragmatische Politik von Vučić in Bezug auf den Kosovo und auch Bosnien-Herzegowina. Seit dem Beginn

des russischen Aggressionskrieges in der Ukraine erhöhte der Westen den Druck auf Vučić. Offenbar unternahm daraufhin Vučić Schritte, die vor allem den USA wichtig waren. Vor allem die Lieferung von in Serbien produzierter Munition an die Ukraine wiegte vor allem Washington in Sicherheit. Offenbar hatten westliche Regierungen den Eindruck, Serbiens Hinwendung zu Russland werde schwächer, ihre Strategie trage Früchte.

Die russisch-serbischen Beziehungen bleiben aber intakt. Ende Mai 2023 besuchten der als pro-russisch geltende Chef des serbischen Geheimdienstes, Aleksandar Vulin und der serbische Außenminister, Ivica Dačić, Moskau und nahmen dort an einer Sicherheitskonferenz teil. Auch der Gleichklang zwischen Belgrad und Moskau in der jüngsten Eskalation rund um den Kosovo deutet darauf hin, dass die Strategie des Westens gescheitert ist. So wie Aleksandar Vučić die kosovo-albanische Seite und den gesamten Westen geißelt, so macht es auch regelmäßig das russische Außenministerium und seine starke Stimme in Serbien, der russische Botschafter Alexander Botsan-Kharchenko.

Mit dem vorläufigen Scheitern des Kosovo-Dialogs ist es offensichtlich geworden, dass die USA und die EU derzeit keinen sinnvollen Umgang mit dem Regime Vučić finden und ihn letztlich gewähren lassen. Wenn man das regionale Bild mit der Situation in Bosnien-Herzegowina vervollständigt, wo der Präsident der Republika Srpska Milorad Dodik Anfang Juli eine Frontalattacke gegen die bosnisch-herzegowinische Verfassungsordnung gestartet hat, wohl mit den Plaketten aus Belgrad und der unüberhörbaren Unterstützung aus Moskau, sollten im Westen die Alarmglocken schrillen. Noch tun sie es nicht. Und so besteht die große Gefahr, dass sich die Eskalationsspirale am Westbalkan weiter dreht und in einem neuerlichen bösen Erwachen für den Kontinent endet.